

Arbeitsbericht November 2001 bis November 2003

Unseren für die Mitglieder- versammlung erstellten Arbeitsbericht dokumen- tieren wir nachfolgend in gekürzter Fassung.

Seit nun fast genau zwei Jahren wirken der im Dezember 2001 neu gewählte Geschäftsführende Vorstand und die neu-alten Gremien im Komitee und prägen die Arbeit des Komitees. Die Gremien tagten regelmäßig und diskutierten die Schwerpunkte der Komitee-Arbeit. Das Sekretariat in Köln setzte die Beschlüsse in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern von Vorstand und Arbeitsausschuss und denjenigen, die Verantwortung für Arbeitsbereiche übernommen hatten, um. Wir konzentrieren den Arbeitsbericht auf die wichtigsten Schwerpunkte der Komitee-Arbeit.

1. Friedenspolitik

Die Berichtszeit begann mit unserem Kampf gegen den drohenden Krieg gegen Afghanistan. Die Entscheidung des Bundestages über den Kriegseinsatz der Bundeswehr am 16.11.2001 war Anlass für uns und viele andere, gegen diese Unverantwortlichkeit Protest am Reichstag zu organisieren. Wir übergaben kurz zuvor dem Deutschen Bundestag die Petition „Krieg darf nicht die Antwort auf Terror sein“, in der wir uns gegen die Bereitstellung militärischer Mittel der Bundeswehr für einen Afghanistan-Krieg und gegen die innenpolitisch maßlose Aufrüstung wandten. Über 7.500 Personen unterzeichneten die Petition, die der Deutsche Bundestag am 13.6.2002 auf Empfehlung des Petitionsausschusses ablehnte.

Im März 2002 wandten wir uns gegen die neue Nuklearstrategie der USA. Wir warnten vor den katastrophalen Folgen eines nuklearen

Ersteinsatzes, den die USA in drastisch erweiterten Einsatzszenarien künftig für möglich erachtet.

Schon ab Mai 2002 stand der nächste Krieg drohend im Raum. Irak wurde zur Zielscheibe des Antiterror-Terrors. Immer offener drohten die USA mit einem Krieg gegen den Irak. Fast unverhohlen wurde die UN angelogen, wurden die Waffeninspektoren behindert und ein Krieg auch gegen das Völkerrecht in Aussicht gestellt. Früh im Herbst 2002 gründeten wir gemeinsam mit Vertretern anderer Friedensorganisationen und anderen Aktiven das Personenbündnis „resist - Sich dem Irakkrieg widersetzen“. Wir kündigten Widerstand und Zivilen Ungehorsam für den Fall eines Angriffskrieges an und sammelten hierfür Unterstützer und Unterstützerinnen. Im Dezember 2002 organisierten wir eine erste Demonstration vor der US-Airbase in Frankfurt, die wir zu unserem Hauptaktionsort machten, und kündigten eine Eskalation unseres Protestes in Form des Zivilen Ungehorsams an. Im Januar fanden an mehreren Stationierungsorten Proteste in Form von „Go-Ins“ und Sitzblockaden statt. Wir forderten die Piloten der AWACS-Flugzeuge auf, den Gehorsam zu verweigern und sich nicht an einem menschen- und völkerrechtswidrigen Krieg zu beteiligen, der darüber hinaus die deutschen Soldaten auch gegen das Grundgesetz verstoßen ließe. An der Rhein/Main-Airbase blockierten wir das Haupttor zunächst eine Stunde, dann zwei mal unbefristet. Gleichzeitig fanden Sitzblockaden an anderen Toren statt. Die Polizei löste die letzten beiden Versammlungen auf und trug die Sitzblockierenden weg. Die rechtlichen Auseinandersetzungen dauern noch an. All diese Verfahren begleiten wir vom Komitee, geben Informationen wei-

In eigener Sache

Am 6. Dezember 2003 fand unsere Mitgliederversammlung in Frankfurt statt. Nach sehr anregenden Vorträgen zur europäischen Verfassung, von Wolf-Dieter Narr und Heiner Busch, waren wir uns einig, dieses Thema verstärkt zu unserem machen zu wollen.

An dieser Stelle sei noch einmal sowohl den Referenten als auch denjenigen für ihre Arbeit herzlich gedankt, die sich entschieden haben, zunächst nicht mehr in unseren Gremien zu wirken. Herzlich willkommen heißen wir diejenigen, die sich neu bereit gefunden haben, in unserem Arbeitsausschuss mitzuarbeiten.

Viele (Förder)mitglieder und InteressentInnen haben uns nach unserem Spendenaufruf große und kleine Summen überwiesen. Ihnen allen einen ganz herzlichen Dank für die Anerkennung unserer Arbeit. Auf weitere Spenden bleiben wir angewiesen. Ende Januar 2004 versenden wir wieder die Spendenquittungen.

Für die Feiertage und zum Neuen Jahr wünschen wir Ihnen alles Gute und uns allen viel Energie und Ausdauer für den Kampf um unsere radikal-demokratischen politischen Ziele.

Martin Singe
Dirk Vogelskamp
Elke Steven



ter, informieren die Presse und stehen den Betroffenen bei.

Wir veröffentlichten im Oktober 2002 die Bürger- und Bürgerinnen-Information „Den Irak-Konflikt friedlich lösen! - kein Blut für Öl und Militärstützpunkte!“ Wir warnten jedoch auch in Richtung Friedensbewegung vor einem Schulterchluss mit dieser vermeintlich friedensliebenden Bundesregierung, die weder diesen Krieg in ihren Handlungen konsequent ablehnte noch eine friedensstiftende Politik betreibt, sondern im Gegenteil ebenfalls auf die Militarisierung der Politik setzt. Dies wurde schon im Mai 2003 deutlich, als der Verteidigungsminister die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien erließ. Grundtenor des Papiers, gegen das wir protestierten, ist die Umstellung der Bundeswehr auf eine weltweit interventionsfähige „Armee im Einsatz“.

Gerade haben wir eine neue Bürger- und Bürgerinnen-Information zum Thema „Israel - Palästina - Gewalt ohne Ende oder Verständigung und Kooperation?“ herausgegeben, in der wir uns in Solidarität mit den Friedensbewegten auf beiden Seiten für eine friedliche Konfliktlösung, für Verständigung und Kooperation einsetzen.

Seit Mitte 2002 ist auch ein neuer Koordinierungskreis eines Teils der Friedensbewegung im Gespräch. Im Januar 2003 wurde die „Kooperation für den Frieden“ gegründet, in der ein breites Bündnis von über 35 Organisationen zusammenarbeitet. Gerade wurden die „Friedenspolitischen Richtlinien“ gemeinsam herausgegeben.

2. Ferien vom Krieg

In den beiden Jahren 2002 und 2003 organisierte das Komitee zum ersten mal im Rahmen der Aktion „Ferien vom Krieg“ gemeinsam mit Partnerorganisationen in Israel und Palästina Begegnungen junger Israelis und junger Palästinenser in Deutschland. Solche Treffen können zur Zeit weder in Israel noch in Palästina stattfinden. In jeweils drei Gruppen diskutierten die Jugendlichen über den Konflikt im Nahen Osten und verdeutlichten sich gegenseitig ihre unterschiedlichen Erfahrungen.

Eine kleine Gruppe um die Israelin Keren Assaf und den Palästinenser Rami Naser-Eddin gründete

aufgrund dieser Begegnung die Initiativegruppe „Breaking Barriers“. Sie versuchten, die Kontakte auch in Israel/Palästina aufrecht zu erhalten und weiterzuführen. Im Sommer 2003 konnten sie ein zweites Mal nach Deutschland kommen und sich jenseits der zuhause alltäglichen Ängste begegnen. Die beiden InitiatorInnen dieses Friedensweges erhielten im Herbst 2003 den Friedenspreis der „Mount Zion Foundation“ im Benediktinerkloster auf dem Berg Zion in Jerusalem.

Darüber hinaus fanden in beiden Jahren Ferienspiele für Kinder aus Flüchtlingslagern in Bethlehem, Jenin und Nablus statt.

Selbstverständlich gingen auch die „Ferien vom Krieg“ für Kinder aus den Republiken des ehemaligen Jugoslawien in beiden Jahren weiter. Im Sommer 2003 begegneten sich albanische und serbische Kinder an der Adria von Montenegro, albanische, mazedonische und türkische Kinder fuhrten an den Ohrid-See, Kinder aus Serbien und der serbischen Republik, darunter auch muslimische, kroatische und albanische Kinder und Roma trafen sich an der Bucht von Kotor in Montenegro und Kinder aus Kroatien, Bosnien und Serbien machten Ferien an der kroatischen Adria.

3. Innere Sicherheit und Demonstrationsrecht

Am 5. Dezember 2001 veröffentlichten wir in der Frankfurter Rundschau zum Tag der Menschenrechte eine Anzeige, in der wir die Politik in der Folge des 11. September als gewalttätigen Gegenterror kritisierten. Die repressiven Gesetzesvorlagen zur Inneren Sicherheit trafen vorrangig die Migrantinnen und Migranten, die unter einen vorurteilsschürenden Generalverdacht der „terrorheckenden Schläfer“ gestellt würden. Wir riefen gleichzeitig zur Teilnahme an einer Demonstration gegen die bundesdeutsche Abschiebepolitik am Frankfurter Flughafen auf.

In Veröffentlichungen und Stellungnahmen wandten wir uns gegen die Entwicklungen im Bereich der Inneren Sicherheit hin zu einem Präventions- bzw. autoritärem Sicherheitsstaat. Im April 2002 veröffentlichten wir die Bür-

ger- und Bürgerinnen-Information „Mit Sicherheit Verlust von Freiheit“. Kurze Zeit später erschien auch die Broschüre „Verpolizeilichung der Bundesrepublik Deutschland“, in der wir Vorträge unserer Jahrestagung 2000 publizierten. Im August 2002 forderten wir gemeinsam mit den anderen Bürgerrechtsorganisationen die Mitglieder des künftigen Bundestages auf, die neuen Sicherheitsgesetze zurück zu nehmen. Der Ausbau der Befugnisse von Geheimdiensten und Polizei im Zuge der Sicherheitspaniken sei menschenrechtlich-demokratisch nicht verantwortbar.



Im Berichtszeitraum fanden drei der inzwischen jährlich-novemberlichen Transporte von hochradioaktivem Müll in das Zwischenlager in Gorleben statt. Jedes mal protestierten wir gegen die ausufernden Demonstrationsverbote per Allgemeinverfügung, kündigten unsere Demonstrationsbeobachtungen an und veröffentlichten kurz nach Ende der Protestversammlungen eine erste Einschätzung des Umgangs mit den Versammlungen. Sind die Erfahrungen auch je unterschiedlich, so sind die Eingriffe in die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit doch jedesmal unverhältnismäßig. Im November 2001 gerieten selbst zwei unserer DemonstrationsbeobachterInnen in „fürsorglichen Gewahrsam“ und mussten dort längere Zeit, teilweise unter unzumutbaren Bedingungen, ausharren.

Im April 2002 übergaben wir dem Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtags eine Petition „Für den uneingeschränkten Erhalt des Demonstrationsrechts“. Wir zogen darin Bilanz aus den Erfahrungen des staatlich-polizeilichen Umgangs mit dem Demonstrationsrecht während des Transportes von

hochradioaktivem Müll in das Zwischenlager in Gorleben im November 2001. Wir kritisierten sowohl die zeitlich und räumlich ausgedehnten Demonstrationsverbote, die Einschränkung der Freizügigkeit in einer ganzen Region durch Betretungsverbote und die breite Erteilung von Platzverweisen wie auch die schier unbegrenzte polizeiliche Datensammlung und den Einsatz von Pferden und Hunden ohne Maulkorb gegen Demonstrierende. Diese Petition veröffentlichten wir auch in einer kleinen Broschüre.

Vor allem das Vorstandsmitglied Peter Grottian engagierte sich seit Anfang des Jahres 2002 für eine Repolitisierung des ersten Mai in Berlin. Ein Personenbündnis bildete sich und suchte Wege, aus der Gewaltfixierung herauszukommen und eine radikal menschenrechtlich orientierte Demokratie von unten in ihren Möglichkeiten erneut zum zentralen Thema der Auseinandersetzungen zu machen. Leider stieß das Konzept auf viele Vorbehalte, nicht nur beim Berliner Senat und dessen Polizei, und ließ sich letztlich nicht umsetzen. Die vielfältigen Diskussionen hatten allerdings Einfluss auf das Geschehen. Das Komitee organisierte jedoch wiederum eine Demonstrationsbeobachtung der Proteste und Demonstrationen rund um den 1. Mai in Berlin. Wir kamen zum Schluss, dass trotz des deeskalierenden und zunächst zurückhaltenden Einsatzes der Polizei deren machtvolleres Einschreiten zum Schluss die Gewalt verstärkte. Jedoch hätten auch die Organisatoren der Demonstrationen mehr politische Substanz an den Tag legen können.

Auch zum 1. Mai 2003 beobachteten wir wiederum die Vorgänge in Berlin, vor allem in Berlin-Kreuzberg. Wir stellten fest, dass die Versammlungen weitgehend friedlich verliefen. Auch die Zurückhaltung der Polizei ließ in Kreuzberg zunächst ein friedliches Volksfest zu. Erst nach dem Brand mehrerer Autos schlug die Situation in vereinzelte Auseinandersetzungen um.

Immer wieder protestieren wir auch gegen ein unverhältnismäßiges Vorgehen von Politik und Polizei gegen Andersdenkende und -lebende. Im November 2002 erhoben wir Einspruch gegen das Vorgehen der Stadt Hamburg gegen die Bewohner des Bauwagenplatzes „Bambule“.



Als im Sommer 2003 das Grenzcamp in Köln polizeilich geräumt wurde, protestierten wir in einem Offenen Brief an den Polizeipräsidenten gegen dieses unverhältnismäßige Vorgehen. Im folgenden Briefwechsel erläuterten wir ausführlicher unsere Perspektive eines unbedingten Schutzes des Versammlungsrechtes und der unterschiedlichen Wahrnehmungen von Handlungen.

4. Asylpolitik

Wiederholt hat sich das Komitee in die im Mai 2000 begonnene Einwanderungsdebatte eingemischt und prinzipielle Kritik geübt. Migration und Asyl darf nicht primär und damit vorurteilsschürend als grenzschränkerisches, polizeiliches sowie administratives Problem aufgefasst werden. Es ist menschenrechtswidrig, Migration auf Fragen der Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik zu reduzieren und „brauchbare“ von „unbrauchbaren“ Migranten zu unterscheiden.

Gemeinsam mit der Humanistischen Union wandten wir uns gegen die im Zuwanderungsgesetz verankerten Zwangsmittel zur Abschreckung und Ausweisung von Migranten und Migrantinnen. Zum 2. November 2002 riefen wir zu Aktionen gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Ausreiselager auf. Die Aktionen des Frankfurter Bündnisses gegen Abschiebungen begleiteten wir und unterstützten sie in den Versuchen, eine Gedenktafel zur Erinnerung an diejenigen, die durch die Abschiebungen zu Tode kamen, aufzustellen. Leider wurde die Gedenktafel von der Firma Fraport entwendet und vernichtet.

5. Soziale Menschenrechte

Fragen nach den sozialen Menschenrechten beschäftigten uns in

Kurznachrichten

Repressanda 2010

Als Weiterentwicklung aus unserer diesjährigen Arnoldshain-Tagung zu den sozialen Menschenrechten veröffentlichten Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr und Roland Roth in der Frankfurter Rundschau vom 29.11.2003 Alternativen zur Repressanda 2010. Sie schreiben, dass statt dem repressiven Abbau des Sozialstaats ein menschenrechtlich-demokratischer Umbau für Grundsicherung und Arbeit auf der Tagesordnung einer von uns allen mit zu verantwortenden Politik stünden.

Sowohl die Kurzfassung für die Zeitung als auch eine Langfassung, die die grundlegende Kritik an der herkömmlichen Sozialpolitik begründet, können gerne im Sekretariat bestellt werden.

Sozialforen

Corinna Genschel berichtet von der notwendigen Arbeit in den Sozialforen, die sich in vielen Orten gegründet haben. Gegen die repressive Wende in der Sozialpolitik werden dort dringend notwendige politische Prozesse der Gegenwehr, Widerständigkeit und sozialpolitischen Opposition in Gang gesetzt.

Der zweiseitige Text kann gerne im Sekretariat bestellt werden.

Friedensbewegung: Aktionstag 20.3.2004

Am 20.3.2004, dem Jahrestag des Beginns des Krieges gegen den Irak, soll bundesweit ein großer Aktionstag der Friedensbewegung stattfinden. Voraussichtlich sind die Hauptaktionsorte Ramstein (Atomwaffen) und die FRELe HEIDe (out-of-area-Kriege). Die resist-Prozesse wegen „Nötigung“ gehen im Januar weiter: Amtsgericht Frankfurt, Hammels-gasse 1, Gebäude E: 20.1., 9.15 Uhr, R. II, 13.00 Uhr, R. 16; 28.1., 13.15 Uhr, R. 11; 29.1., 9.00 Uhr, R. 11

diesen letzten beiden Jahren zunehmend. Zunächst wurde beim „Berliner Bankenskandal“ offensichtlich, wie zu Gunsten weniger Fondszeichner die Bürger und Bürgerinnen Berlins die Lasten tragen sollen. Peter Grottian engagierte sich für das Komitee in der „Initiative Berliner Bankenskandal“, die sich gegen die Übernahme von fast 22 Milliarden Euro Risiken durch das Land zur Rettung der Bankgesellschaft Berlin wandte. Mit Informationen, Bürger- und Expertenhearing und Protestaktionen - z.B. in Berliner Villenvierteln - machte die Initiative auf sich aufmerksam. Am 15. Juni 2003 erhielt die Initiative durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung den 1. Preis für beispielhaftes zivilgesellschaftliches Engagement in Zeiten der Globalisierung.

Mit unserer diesjährigen Jahrestagung zum Thema „Soziale Ausgrenzung, Solidarität und Sicherheit - eine Politik sozialer Menschenrechte in Zeiten von Verarmung und Repression“ setzten wir einen Auftakt für eine weitere intensive Beschäftigung mit diesem Thema, das Peter Grottian und Christa Sonnenfeld auch bisher immer wieder in das Komitee trugen. Ende November veröffentlichten Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr und Roland Roth in der Frankfurter Rundschau einen Aufsatz zur „Repressanda 2010“. Haben wir auch keine Patentrezepte für - sowieso nicht ausreichende - soziale Abwehrkämpfe und erst recht nicht für gesellschaftliche Alternativen, so sind Kämpfe um einer besseren Zukunft willen dringend notwendig. „Jeder Zentimeter lohnt sich“ unter diesem Tenor endete die Tagung.

6. Biomedizin

Kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Deutschen Bundestag über die verbrauchende Forschung an menschlichen Embryonen im Januar 2002 appellierten wir - leider vergeblich - öffentlich an alle Bundestagsabgeordneten, sich auch gegen den Import embryonaler Stammzellen auszusprechen. Wir schrieben „Stammzellenforschung - Nur ein Nein ist aktuell menschenrechtlich und demokratisch vertretbar“. Leider stimmte der Bundestag mehrheitlich für die Möglichkeit der Forschung an embryonalen Stammzellen, solange diese nicht in

Deutschland produziert werden.

Die Jahrestagung des Komitees fand im Jahr 2002 zum Thema „Humangenetik - Faszination und Furcht einer neuen Technologie - menschenrechtlich-demokratische Erfordernisse“ in Arnoldshain statt. Auf der Grundlage von Informationen über den gegenwärtigen Stand humangenetischer Entwicklungen und Anwendungen diskutierten wir die Ambivalenz, die diesen Entwicklungen innewohnt, und suchten nach menschenrechtlich-demokratischen Kriterien als Maßstab zum Umgang mit diesen Entwicklungen

7. Sonstiges

Im September 2003 erhielten wir - „die unbequeme und radikale Bürgerrechtsbewegung“ - den Stuttgarter Friedenspreis der „Anstifter“.

Gemeinsam mit den anderen Bürgerrechtsorganisationen veranstalteten wir im Mai 2003 einen Bildungspolitischen Kongress in Berlin und veröffentlichten aus diesem Anlass ein Manifest zum Recht von Kindern und Jugendlichen auf Bildung, das in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht wurde. Albert Scherr vertrat das Komitee in diesem Zusammenhang.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu all diesen Themen macht einen wichtigen Teil unserer alltäglichen Arbeit aus. Die Resonanz ist unterschiedlich, jedoch machen wir die Erfahrung, dass unsere Stellungnahmen aufmerksam verfolgt werden.

Zu Vorträgen, Veröffentlichungen, Kundgebungen und Seminaren werden die Mitglieder der Gremien und wir aus dem Sekretariat als ReferentInnen und AutorInnen häufig angefragt.

Vor allem sind es auch viele Gefangene, die sich an uns mit ihren Nöten wenden. Sonja Vack, unsere Gefangenenbeauftragte, wird über diesen bedeutenden Teil unserer Arbeit in den nächsten INFORMATIONEN berichten.

Martin Singe
Dirk Vogelskamp
Elke Steven

Spendenkonto
Volksbank Odenwald
BLZ 508 635 13
Konto 802 46 18

Geschäftsführender Vorstand:

Volker Böge
Oberer Lindweg 26, 53129 Bonn
Theo Christiansen
Eichenstr. 27, 20259 Hamburg

Vorstand:

Heiner Busch
Schulweg 4, CH - 3013 Bern
Helga Dieter
Flußgasse 8, 60489 Frankfurt
Brigitte Klaß
Vogelsbergstr. 25, 60316 Frankfurt
Stephan Nagel, Gützkower Landstr. 3,
17489 Greifswald
Albert Scherr
Paul-Münch-Str. 1, 76829 Landau

Arbeitsausschuss:

Andreas Bachmann
Bismarckstr. 106, 20253 Hamburg
Andreas Buro, Am Sonnenberg 42,
61279 Grävenwiesbach
Ursula Ganßauge
Martinstr. 35, 64285 Darmstadt
Corinna Genschel
Taborstr. 10, 10997 Berlin
Peter Grohmann
Olgastraße 1 A, 70182 Stuttgart
Thomas Hohlfeld
Falckensteinstr. 33, 10997 Berlin
Volker Mergner
An den Pappeln 28, 60388 Frankfurt
Albert Scharenberg
Nansenstr. 14 A, 12047 Berlin
Christa Sonnenfeld
Martin-Luther-Str. 54, 60389 Frankfurt
Sonja Tesch
Scheplerstr. 80, 22767 Hamburg
Rudolf Walther
Fuchstanzstr. 85, 60489 Frankfurt
Edgar Weick, Wachenheimer Str. 7,
65835 Liederbach

Kurznachrichten

Castortransport 2003

Auch die Polizei spricht inzwischen von einem sympathischen und friedlichen Protest gegen den alljährlichen Castortransport ins Wendland. Trotzdem erließ sie eine Allgemeinverfügung, die alle Demonstrationen entlang der Transportstrecke verbot. Und als der Transport auf der Straße durchgesetzt werden sollte, wurden zwei Dörfer kurzer Hand für einige nächtliche Stunden in Gewahrsam genommen. Ein erster Bericht kann im Sekretariat bestellt werden.